



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/218 - 24. September 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 88
Fernschreiber 0886890

"Deutsche an die Front!"	S. 1
Amerika entdeckt die SPD	S. 2
Ulrich Lohmar, MdB: Eine Antwort an Paul Sethe	S. 4
"In diesem schlechtgeschneiderten Europa"	S. 7
Auf der Suche nach einer deutschen Ostpolitik	S. 8

"Deutsche an die Front!"

sp- Der deutsche General Hans Speidel, Oberkommandierender der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, befindet sich zur Zeit in London, wo er versuchen will, die Engländer davon zu überzeugen, dass sie ihre Truppen in der Bundesrepublik auch weiterhin stationiert lassen müssten. Die britische Regierung hat nämlich angekündigt, sie wolle den bereits vor einiger Zeit vorgesehenen Abzug von 13 500 Mann britischer Soldaten aus der Bundesrepublik jetzt mit Nachdruck durchführen. Sie begründet ihre Absicht einerseits mit der starken wirtschaftlichen Belastung, der England trotz der von der Bundesrepublik gezahlten Stationierungskosten durch den Verbleib britischer Truppen auf dem Festland ausgesetzt ist, andererseits mit dem Hinweis auf die "generelle Veränderung der gesamten westlichen Verteidigungskonzeption". Damit meinen die Engländer die ihnen notwendig erscheinende Neuorganisation der gesamten westlichen Verteidigung, die sich nach ihrer Ansicht durch die immer grösser werdende Bedeutung der ferngesteuerten Raketenwaffen ergibt.

Die Engländer stehen mit dieser Auffassung nicht allein. Auch die Amerikaner wollen ihre Truppenbestände um rund 100 000 Mann verringern und ebenfalls Kontingente aus der Bundesrepublik abziehen. Beide, die Engländer und die Amerikaner betonen jedoch stets, dass durch den Abzug ihrer Truppen das Verteidigungspotential des Westens in Europa nicht geschwächt werden soll. Auch die Amerikaner verweisen auf die Bedeutung der Raketenwaffe und der Langstrecken-Atombomber, deren Basen

jetzt in Spanien und Nordafrika ausgebaut werden.

Im Zuge dieser Entwicklung wird nun von der Bundesrepublik gefordert, dass sie schleunigst ihr "Soll" an Mannschaftsstärke der Bundeswehr erfüllt. Vor der Wahl hat man in der Bundesrepublik von Regierungsseite eine Diskussion über die Problematik der alliierten Forderungen ängstlich vermieden. Man hat im Gegenteil gelegentlich darauf hingewiesen, dass wegen der grossen Zahl von Freiwilligenmeldungen an eine beschleunigte Einziehung der militärdienstpflichtigen Jahrgänge nicht gedacht sei. Die westlichen Alliierten haben - offenbar aus Rücksichtnahme auf die Position Adenauers vor der Wahl - zu diesen Ankündigungen zuständiger Stellen der Bundesregierung taktvoll geschwiegen. Jetzt, nach der Wahl, schweigen sie nicht mehr...

Informationen aus Kreisen des Bundesverteidigungsministeriums ist zu entnehmen, dass man dort bereits organisatorische Vorbereitungen für die möglichst rasche Einziehung der fälligen Jahrgänge trifft. Es fehlt zwar noch an Kasernen, und auch das Ausbildungspersonal steht noch nicht im vollen Umfange bereit. Das alles scheint jedoch angesichts des massiven Drucks der westlichen Alliierten auf die Bundesregierung wenig zu bedeuten.

Paris unterstützt in gewissen Grade selbstverständlich auch die Bemühungen Londons und Washingtons um die Auffüllung der deutschen Truppenkontingente, obwohl Frankreich wegen des nun schon fast seit zwei Jahren dauernden Krieges in Algerien das Gros seiner in der Bundesrepublik stationierten NATO-Truppen längst abgezogen hat.

Im Augenblick kann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, wie die Entwicklung weitergehen wird. Militärexperten sind jedoch der Meinung, dass sich die Bundesregierung kaum den von ihr durch Versprechungen und durch ihre gesamte Politik gegenüber den Westalliierten übernommenen Verpflichtungen entziehen kann. Die Hauptrolle im Spiel mit der "Politik der Stärke" wird zwangsläufig der Bundesrepublik zugeschoben. Dabei stellt sich immer mehr heraus, dass die Bundeswehr nicht die entscheidende und von Bundeskanzler angekündigte Verstärkung der westlichen Verteidigung ist, sondern lediglich die Initialzündung für die westlichen Räumungsvorhaben.

Amerika entdeckt die SPD

Von unserem Korrespondenten in USA

New York, Mitte September

In dem amerikanischen Echo auf das Ergebnis der deutschen Bundestagswahlen ist eine bemerkenswerte Neuausrichtung der internationalen politischen Beziehungen zu entdecken - eine neue Tendenz, die vielleicht für die zukünftigen amerikanisch-deutschen Beziehungen von weitreichender Bedeutung werden kann: Regierung, Presse und Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten fangen plötzlich an, sich für die Oppositionspartei des Bonner Bundestages zu interessieren, in ihr Sympathien zu finden und sie mit wohlwollender Freundlichkeit zu begrüßen. Die Freundlichkeit nimmt hier und da etwas herablassende Züge an, gleichsam als spreche ein Lehrer zu seinem - etwas unartigen aber in Grunde doch begabten und wertvollen - Schüler; aber selbst mit dieser Einschränkung läßt sich nicht verheimlichen, dass ein neuer Trend vorliegt.

Es ist bekannt, dass von Präsident Eisenhower an die gesamte amerikanische Regierung, und mit ihr Presse und Parlamentarier und öffentliche Meinung, auf einen Wahlsieg der CDU gehofft hatten und entsprechend den Wahlausfall mit Erleichterung zur Kenntnis genommen haben. Das wird völlig offen in Amerika zugestanden; mit fast naiver Ehrlichkeit, sachlich und ohne Erregung, hat Amerika seine Karten auf den Tisch gelegt und der ganzen Welt verkündet, dass es in der CDU (und mehr noch in der Person des Bundeskanzlers) einen Garanten der ausschliesslichen deutschen Westorientierung und der NATO-Politik sieht, - während man von der SPD, so sehr deren antikommunistische Standhaftigkeit auch anerkannt wird, doch eine Änderung dieser Haltung hätte erwarten müssen. Es konnte und durfte also niemanden überraschen, dass Amerika sich über das Wahlergebnis kräftig gefreut hat.

Aber dann geschah plötzlich etwas höchst Merkwürdiges: vierundzwanzig Stunden später setzte eine Art psychologischer Rückschlag ein, sehr deutlich ein Neu-Besinnen auf die Grundlagen der heutigen Weltpolitik. Plötzlich wurde Amerika, oder zum mindesten eine Blütenlese repräsentativer Stimmen aus dem grossen amerikanischen Orchester, SPD-freundlicher denn je, voller Verständnis für die Aufgaben, Rechte und Pflichten der massgeblichen deutschen Oppositionspartei, - und

dabei kritisch besorgt über die möglichen Gefahren einer Dampfwalze gleichen CDU-Mehrheit im deutschen Parlament.

Diese Gedankengänge, die am klarsten in Leitartikeln der beiden angesehenen grossen Zeitungen "New York Times" und "New York Herald Tribune" ausgedrückt wurden, aber auch anderswo immer wieder geäussert werden, lassen sich ungefähr in die folgende Überlegungsreihe zerlegen:

Erstens, es scheint, als ob die deutsche Bundesrepublik in schneller und entschlossenem Tempo auf das Zweiparteiensystem zusteure. Wir Amerikaner, die wir im Zweiparteiensystem die ideale Form einer gut funktionierenden Demokratie erblicken, begrüessen naturgemäss diese deutsche Entwicklung, - ebenso wie die Engländer, Kanadier, Australier usw., die alle ihre solide Rechtsstaatlichkeit angelsächsischer Prägung ihrem Zweiparteiensystem verdanken.

Zweitens, dieses Zweiparteiensystem verlangt von beiden Akteuren, der jeweiligen Regierungspartei wie der Opposition, viel Verantwortungsbewusstsein und staatsmännische Reife. Vor allen darf die siegreiche Mehrheitspartei ihre Macht nicht missbrauchen; eine amerikanische Zeitung warnt in diesem Zusammenhang die CDU sehr nachdrücklich vor einer Änderung des deutschen Wahlgesetzes, das ihr vielleicht die Beibehaltung ihrer heutigen Mehrheit erhalten könnte. Auch im Zweiparteiensystem, wo es keine Koalitionen gibt, sei der Stand der Zusammenarbeit zwischen Mehrheit und Minderheit für das Landeswohl entscheidend, und für den Sieger im Wahlkampf sei es das Gebot der Stunde, Mass zu halten und keinen Bogen zu überspannen.

Drittens liegt es nun einmal im Sinne des Zweiparteiensystems, dass das Pendel hin und her schwingt; schwingt es immer nur "hin" und niemals "her", dann steht es mit dem demokratischen System böse. Indirekt heisst das also, dass beachtliche Teile der amerikanischen Öffentlichkeit, und gerade auch nachdenkliche und verantwortliche Stimmen, der Ansicht sind, es sei nun mit der ununterbrochenen Serie von CDU-Siegen und CDU-Regierungen, ^{genug} und das nächste Mal müsste es, im Interesse Deutschlands wie der Freunde Deutschlands, anders kommen. Niemand in Deutschland sollte verabsäumen, diese einigermassen überraschende Wendung in der Einstellung vieler führender Amerikanier zu beachten.

Viertens: ein solches gesundes Schwingen des Pendels nach der

anderen Seite aber kann nun einmal in der Bundesrepublik nur erfolgen, wenn auch auf sozialdemokratischer Seite gewisse Konsequenzen aus der Lage gezogen werden; hier folgt in den erwähnten Zeitungstimmen nun das, was wir eingangs die etwas herablassende Bevormundung, die Erteilung guter Ratschläge "von oben herab" genannt haben, Nach dieser Ansicht müsste z.B. die deutsche Sozialdemokratie so etwas wie eine liberal-freiheitliche Alternative zur CDU werden. Man wird über diese väterlichen Ratschläge, die da über den Ozean hinweg dem Parteivorstand der SPD erteilt werden, ein wenig geteilter Ansicht sein dürfen, - und es wäre sicherlich falsch, Anregungen, selbst wenn sie von so angesehener Seite wie den genannten Zeitungen kommen, blindlings und kritiklos zu schlucken. Aber das ganze Phänomen des Akzentwechsels in Amerika, dieses plötzliche Wohlwollen anstelle der bisher üblichen strikten Ablehnung von Politik und Programm der SPD, zum Teil sogar in grosser Schärfe - dieses Phänomen sollte doch jedermann in Deutschland zu denken geben, im Regierungslager wie in der Opposition. Und die umstürzende Erkenntnis, dass die zehn Millionen sozialdemokratischen Wähler keine "Europäer zweiter Klasse" sind, sondern auch ihr Recht auf Gehör und Berücksichtigung haben, kann für die künftige Einstellung Amerikas zur deutschen Bundesrepublik sogar ganz beträchtliche Folgen haben.

* * *

Der Geist und die Macht

Von Ulrich Lehner, MdE

Paul Sethe hat in der Zeitung "Die Welt" einen Aufsatz publiziert, der die Situation der Sozialdemokraten in den Griff zu bekommen versucht. Dieser Artikel ist mit dem Willen zur Wahrhaftigkeit geschrieben worden; und darum erfordert er eine gerade Antwort.

Sethe untersucht, warum die SPD bei diesen Bundestagswahlen den entscheidenden Durchbruch zur Mehrheit nicht hat gewinnen können, und er kommt zu dem Ergebnis, dass die Funktionäre - oben und unten - daran ein gerüttelt Mass Schuld tragen müssten. Er schreibt: "Jeden Staatsbürger drängt sich der Eindruck auf, dass die Sozialdemokraten bei ihrem Versuch jenen Sperrgürtel der fünfundsiebzig Prozent zu durchkreuzen, auf das schwerste durch ihren Funktionärencharakter gehemmt sind." Und er meint dann, Ollenhauer habe bei all seinen persönlichen und politischen Qualitäten nur zum Vorsitzenden werden können, weil er der erste der - 5 -

Funktionäre gewesen und geblieben sei.

Das Plüschmilieu

Nun, wir möchten Herrn Sethe vorweg darin zustimmen, dass der politische Gestaltungswille der SPD sich nicht darin erschöpfen kann, die Sperrminorität im dritten Bundestag erreicht zu haben. Diese Partei ringt darum und sie wird weiter daran arbeiten, die prägende Kraft für ganz Deutschland zu werden. Die Frage ist, ob die Funktionäre der SPD, die besser Vertrauensleute genannt werden sollten, diesen Weg zur Übernahme der Verantwortung verbauen oder nicht. Und da müssen wir die Kritiker dieser "namenloser Mitarbeiter" der SPD einmal mit allem Ernst fragen, was denn wohl bei der Wahl herausgekommen wäre, wenn diese Sozialdemokraten sich nicht mit ihrem ganzen Einsatz in die Wahlschlacht hineingestellt hätten?

Es wäre albern, wollte man bestreiten, dass es auch in der SPD auf allen Ebenen Menschen gibt, die man kurz Konformisten nennen kann. Aber die Schwierigkeit, eine vielgestaltige politische Zielsetzung in das Bewusstsein der Staatsbürger und ihr Alltagsdenken zu übersetzen, ergibt sich doch in erster Linie aus der Kluft, die heute zwischen eben diesen komplizierten Bedingungen der Politik und dem unzureichenden Grad der Einsicht der Staatsbürger besteht. Das ist innerhalb aller Parteien nur um weniger besser als ausserhalb ihrer Reihen. Der durchschnittliche Bürger dieses Staates hat aus seiner Lage die Folgerung gezogen, sich in seinen politischen Entscheidungen auf vermeintliche Interessen, blosser Empfindungen und Identifikationsobjekte vom Schlage Konrad Adenauers zurückzuziehen. Herr Sethe sollte auch einmal das gesellschaftliche Hinterland der CDU untersuchen, mit seinen Kriegerverbänden, seinen Stammtischen und dem neudeutschen Plüschmilieu.

Deutsches Krankenlager

Man wird sagen, immerhin habe Adenauer auf diese Weise die ungebärgigten Deutschen zu friedfertigen Demokraten gemacht. Das ist ein Tragabschluss. Adenauer hat es fertiggebracht, den Leuten seine Art Demokratie als das zu verkaufen, was sie davon erwarteten, und das hat mit der Idee und etwa mit der englischen und amerikanischen Geschichte der Demokratie sehr wenig zu tun. Die CDU hat den vergangenen Wahlkampf mit einem Appell an die Instinkte dieser Menschen bestritten. In dieser Wahl setzte sich nicht die Einsicht durch, sondern "wahr" ist geblieben, was "ankar". Der Kanzler hat das begrenzte politische Urteilsvermögen vieler seiner Landsleute nicht zum Anlass genommen, sie sachlich zu informieren. Er hat den Weg der Manipulation der Seelen vorgezogen. In diesem Gelände des Wahlkampfes steht heute noch das Krankenbett der deutschen Demokratie, und vor allem an dieses Lager sollten sich die Publizisten begeben, die etwas für unser Land tun wollen.

Zeitgenöss

Sie werden dabei entdecken, dass die Sozialdemokratie die einzige deutsche Partei war, die in den letzten Jahren in zwei entscheidenden Fragen einen Wandel durchgemacht hat. Sie hat ihre Wirtschaftspolitik den Bedingungen unserer Zeit angepasst, und sie hat das Thema Automatisierung und Atomenergie mit seinen vielfältigen Konsequenzen für die Wirtschaft, die Forschung und die Arbeit durchdacht und zur Diskussion

gestellt. Der Prozess der Entideologisierung in ihr hat sich unaußhaltsam fortgesetzt, während die Neigung zum Dogma und zu Formeln der ideologischen Vergangenheit des deutschen Bürgertums sich bei der CDU immer sichtbarer breitmacht. Dazu war eine Partei wie die SPD instande, die angeblich von den träge dahinfließenden Wassern ihres Geistes und ihrer Seele nur noch schwach durchpulst wird!

Die Sozialdemokratie wird sich weiter darum bemühen, ihr geistiges und politisches Erscheinungsbild auf der Höhe der Zeit zu halten. Aber sie darf niemals bereit sein, die klare Aussage über das was ist und sein soll, durch einen "Führer" zu ersetzen. Wir wollen keinen Führer mehr, sondern wir wollen uns in echter Zusammenarbeit daranmachen, die wesentlichen Fragen für diese Zeit zu formulieren und überzeugende Antworten zu finden.

Es geht nicht darum, diese oder jene Person durch eine andere zu ersetzen, sondern es kommt darauf an, das gleichberechtigte Miteinander verschiedener Menschen und Denkweisen, die ihren Platz in der SPD gefunden haben und behalten werden, klar herauszustellen. Die Grenze für jede "Erneuerung" der Sozialdemokratie werden wir da ziehen müssen, wo die Demokratie als die Form des Zusammenlebens denkender Menschen zu einer Markenartikelfirma verfälscht wird, deren Bosse das Etikett dieser "Demokratie" auf Packungen beliebiger Inhalts kleben.

Seelenmassage

Sethe und seine Freunde werden uns erwidern, darin seien wir einig. Aber eben deshalb dürfen wir um eines bitten: Wir sollten gemeinsam versuchen, vielfältige Tatbestände nicht zu Formeln zu verengen. Die Unaufälligen, Beschränkten und Verwerdberen, wie ein deutscher Soziologe die zustimmungs- und verdammungswürdigen Zeitgenossen einmal beschrieben hat, finden sich überall. Aber man erspät sie heute vor allem im Gefolge der wirtschaftlichen und politischen Machthaber, die in Bonn das Heft in der Hand halten. Wir sollten den Speer des Geistes auf diese Kräfte weisen lassen, die nach der Seelenmassage des Wahlkampfes eine dumpfe Manipulation der Macht im Sinn haben. Sonst wird der Geist bald abseits der Macht sein Ghetto finden.

* * *

Zur Beachtung!

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Majonica teilte uns unter Hinweis auf einen am 10.9.1957 im Sozialdemokratischen Pressedienst erschienenen Artikel mit, er habe nicht erklärt, die Hamburger China-Gesellschaft sei nur gegründet worden, um für die Ausdehnung des Machtbereichs Peking in Asien zu wirken. Er habe dagegen erklärt, dass diese Gesellschaft zum ersten Mal in der Bundesrepublik offen in ihren Publikationen für die Ausdehnung des rotchinesischen Machtbereiches gesprochen habe. Wenn die Gesellschaft betone, dass sie dem chinesischen Volke die Wiedervereinigung wünsche, so könne darunter - meint Herr Majonica - nur die Eroberung Formosas verstanden werden.

* * *

Auch ein Echo nach der Wahl ...

sp. Es hat wenige westeuropäische Zeitungen gegeben, die vor der Wahl vom 15. September anders als aus der Blickrichtung der NATO die deutsche Politik gesehen haben. Das gesplittene Deutschland und Europa lagen den meisten ausländischen Betrachtern des Geschehens in Deutschland fern. Das ist nicht allzu verwunderlich, denn nach einer alten Regel sind auch sehr weitgereiste Leute zuerst immer geneigt, die Entwicklung in anderen Ländern mit den Augen des eigenen Landes und seiner Interessen zu sehen.

Aber nicht nur in der amerikanischen sondern auch in der westeuropäischen Presse vollzieht sich nunmehr - also nach der Wahl - eine merkwürdige Wandlung. So schreibt z.B. das Zentralorgan der belgischen Sozialisten "Peuple":

"Dass Adenauer an der Macht geblieben ist, hat in Osten wie im Westen niemandem missfallen. Für jedermann ist das eine leichte Lösung: Für Moskau bedeutet es die Aufrechterhaltung eines bequemen Schreckbildes und die Blockierung der Lage in den osteuropäischen Ländern, für die Westmächte ist es das Verbleiben Deutschlands in der atlantischen Allianz, für die Westeuropäer die Fortdauer der Beziehungen mit der Bundesrepublik unter den gleichen Perspektiven wie bisher. Die Hypothese einer deutschen Wiedervereinigung hätte die Arbeiten im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt und Euratom entscheidend beeinträchtigt. Jedermann richtet sich in diesem schlechtgeschneiderten Europa ein. Um so schlimmer für die Ungarn und die Spanier, für die Abrüstung und für die wirtschaftlich unterentwickelten Völker."

Die Gegner der deutschen Sozialdemokratie haben immer behauptet, die anderen sozialistischen Parteien Europas missbilligten die Außenpolitik der SPD. Diese Stimme aus "Peuple" sagt eindringlicher als alles andere, wie eindeutig auch die belgischen Sozialisten die nunmehr in Europa entstandene Situation einschätzen. "Peuple" ist das dem belgischen Außenminister Laroque nahestehende Blatt; er war jahrelang sein Chefredakteur. Es ist daher erlaubt anzunehmen, dass die hier wiedergegebene Beurteilung das Wahlergebnisses vom 15. September der Meinung des jetzt antretenden belgischen Außenministers nicht fern steht.

Beziehungen zu Polen in Blickpunkt

A.E. Man muss mit dem Nachbarn sprechen, wenn man ihn kennenlernen und in einem freundschaftlichen Verhältnis zu ihm stehen will - diese Grundeinsicht galt bisher nicht für die Ostpolitik der Bundesregierung. Hier lag nicht vieles, sondern alles im argen. Alle Einsichtigen sind sich schon seit langen darüber im klaren, dass gute Beziehungen zu Polen im wohlverstandenen Interesse der Bundesrepublik liegen, ja, dass sie geradezu eine notwendige Vorstufe für die Regelung aller Fragen sind, die mit dem Osten zusammenhängen. Als Volk wollen und müssen wir den Geist guter Nachbarschaft nicht nur nach dem Westen hin, sondern auch nach dem Osten zu pflegen.

Es ist ein fast unerträglicher Zustand, dass die Bundesrepublik zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch noch keine diplomatischen Kontakte mit Polen aufgenommen hat. Alle Gründe sprechen dafür, dieses Versäumnis recht bald nachzuholen. Von polnischer Seite wurde der Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn schon vor längerer Zeit und für alle hörbar ausgesprochen. Bonn aber stellte sich bisher taub. Scheint jetzt sich ein Wandel abzuzeichnen?

Das letzte Fernseh-Interview des Bundeskanzlers mit dem Columbia-Broadcasting-System sowie die Einladung der CDU an den polnischen Abgeordneten Stanislaw Stomma, die Bundesrepublik zu besuchen, und mit ihren führenden politischen Kräften Kontakte aufzunehmen, deuten auf eine Lockerung der bisher geübten Zurückhaltung hin. In Erinnerung sei gerufen, dass der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Holmut Kalbitzer durch seinen seinerzeitigen Besuch in Polen dazu gute Vorarbeit geleistet hat.

Diesen allerdings noch vagen Hinweisen sollten recht bald sichtbare Schritte folgen, wie etwa die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau, die Erweiterung des gegenseitigen Handelsverkehrs - Polen hat einen Hunger nach deutschen Qualitätswaren - und eine lebhaftere Wechselbeziehung auf kulturellem Gebiet. Für beide Regierungen wäre dies von grossen Nutzen und für beide Völker könnte daraus nur Erfreuliches spriessen.

Berge von Missverständnissen und Misstrauen, eine trübe Erbschaft des zweiten Weltkrieges, stehen noch zwischen Deutschen und Polen, sie behutsam und ohne Verletzung von gegenseitigen Empfindlichkeiten abzutragen, bedeutet, solide Fundamente für die Zukunft zu errichten. Die Bundesrepublik wird sich freilich davor hüten müssen, so etwas wie einen missionarischen Eifer zu entfalten, oder sich gar in die Rolle eines westlichen Vorkämpfers für absurde und diskreditierte "Befreiungsideen" zu begeben. Einige Bemerkungen des Bundeskanzlers im erwähnten Fernseh-Interview könnten so aufgefasst werden. Das hätte in Polen, wie die Dinge liegen, eine geradezu gegenteilige Wirkung.

Das Polen Gomulkas hat bewiesen, dass es ohne grobe Einmischung von aussen die schmale und stets gefährdete Strasse der Freiheit zu beschreiten weiss. Was von deutscher Seite, d.h. von der Bundesrepublik not tut, sind Sympathie und die ohne jeden Hintergedanken stehende Überlegung, ein Klima zu schaffen, in dem die Überbrückung des durch den zweiten Weltkrieg und seinen Folgen aufgeworfenen Grabens zwischen Polen und Deutschen möglich ist. Nichts sollte uns hindern, diesen Anfang bald zu setzen.

+ + +